

# Vorsorgereglement

## Sammelstiftung Industriebetriebe

gültig ab 1. Januar 2022

Die Vorsorge für den einzelnen der Stiftung angeschlossenen Arbeitgeber richtet sich zusätzlich nach dem arbeitgeberspezifischen Anhang 1 zum Vorsorgereglement (Vorsorgeplan des Arbeitgebers).

- 14.5 Die Altersrente ergibt sich durch Umrechnung des zum Zeitpunkt des Rücktritts vorhandenen Altersguthabens mit dem Umwandlungssatz.
- 14.6 Erreicht ein Invalidenrentner das Rücktrittsalter, wird seine Invalidenrente durch eine Altersrente ersetzt. Die Höhe der Altersrente ergibt sich aus der Multiplikation des im Zeitpunkt des Rücktritts vorhandenen Altersguthabens gemäss Art. 12.1 mit dem in diesem Zeitpunkt gültigen Umwandlungssatz.
- 14.7 Der Versicherte bzw. Invalidenrentner kann sein Altersguthaben teilweise oder im vollen Umfang in Form eines Alterskapitals beziehen. Im Umfang des Kapitalbezugs werden sämtliche mitversicherten Leistungen anteilmässig gekürzt.
- 14.8 Der Versicherte bzw. Invalidenrentner hat der Stiftung den Bezug des Alterskapitals schriftlich anzumelden. Bei verheirateten Versicherten bzw. bei Lebenspartner mit vorliegendem Unterstützungsvertrag bedarf es zusätzlich der Unterschrift des Ehegatten bzw. des Lebenspartners. Die Unterschrift des Ehegatten ist durch die Vorlage eines Identitätsausweises auf der Geschäftsstelle zu leisten, auf Verlangen der Stiftung ist die Unterschrift amtlich beglaubigen zu lassen.

## **Art. 15 Invalidenrente**

- 15.1 Anspruch auf eine Invalidenrente haben Versicherte, die im Sinne der IV zu mindestens 40 % invalid sind, sofern sie bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, in der Stiftung versichert waren.
- 15.2 Die Höhe der jährlichen Vollinvalidenrente ist im Anhang 1 definiert.
- 15.3 Der Grad der Invalidität entspricht dem von der IV festgestellten Invaliditätsgrad. Beträgt der Invaliditätsgrad 67 % oder mehr, wird eine volle Invalidenrente ausgerichtet. Bei einem Invaliditätsgrad zwischen 40 % und 67 % besteht Anspruch auf eine Invalidenrente im Umfang des Invaliditätsgrads. Ein Invaliditätsgrad von weniger als 40 % begründet keinen Anspruch auf eine Invalidenrente.
- 15.4 Die Stiftung beginnt die Rentenzahlung nach Beendigung des Anspruchs auf Lohnfortzahlung oder nach Erschöpfung des Anspruches auf Taggelder aus der Kranken- oder Unfallversicherung.
- 15.5 Der Anspruch auf die Invalidenrente erlischt bei Wegfall der Invalidität gemäss IV, wenn der Invalide stirbt oder das Rücktrittsalter erreicht. Nach Erreichen des Rücktrittsalters wird die Invalidenrente durch die Altersleistung gemäss Art. 14 abgelöst.
- 15.6 Versicherte Lernende gemäss Art. 3.6. erhalten bei voller Invalidität eine jährliche Invalidenrente von CHF 10'000.-. Die übrigen Bestimmungen dieses Artikels sind analog anwendbar.

## **Art. 16 Weiteräufnung des Altersguthabens, Beitragsbefreiung**

- 16.1 Während der Dauer der Beitragsbefreiung gemäss Art. 10.4 wird das Altersguthaben einer arbeitsunfähigen bzw. invaliden Person zu Lasten der Stiftung weitergeführt.
- 16.2 Kein Anspruch auf Weiteräufnung zu Lasten der Stiftung besteht allerdings, wenn der arbeitsunfähige Versicherte nicht mehr als invalid gemäss Art. 15.1 erklärt wird bzw. diese Invalidität wegfällt.

## Art. 17 Invalidenkinderrente

- 17.1 Hat der Bezüger einer Invalidenrente Kinder, die bei seinem Tod Anspruch auf Waisenrenten hätten (Art. 20), so hat er für diese Kinder Anspruch auf Invalidenkinderrenten.
- 17.2 Die Invalidenkinderrente, die für jedes Kind fällig wird, ist im Anhang 1 definiert. Bei Teilinvalidität entspricht sie dem Verhältnis der Teilinvalidenrente zur Vollinvalidenrente multipliziert mit der Vollinvalidenkinderrente.
- 17.3 Die Invalidenkinderrente wird ausgerichtet, solange der Versicherte Anspruch auf eine Invalidenrente der Stiftung hat und die Bedingungen für die Auszahlung der Waisenrente erfüllt sind. Nachdem der Versicherte das Rücktrittsalter erreicht hat, endet auch die Invalidenkinderrente.

## Art. 18 Witwen- oder Witwerrente

- 18.1 Stirbt ein verheirateter Versicherter oder Rentenbezüger, so hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente, sofern er beim Tod des Versicherten
- a) für den Unterhalt eines oder mehrerer Kinder gemäss Art. 20 aufkommen muss oder
  - b) das 45. Altersjahr vollendet hat und die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat, wobei bei Erfüllung der Voraussetzungen die Dauer der Lebenspartnerschaft gemäss Art. 19 angerechnet wird.
- Eine günstigere Regelung bezüglich des Anspruchs auf Witwen- oder Witwerrenten (erweiterte Deckung) gemäss Anhang 1 bleibt vorbehalten.
- 18.2 Erfüllt der Ehegatte keine der Anspruchsvoraussetzungen gemäss Art. 18.1 bzw. gemäss Anhang 1, hat er Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe des dreifachen Jahresbetrages der Witwen- oder Witwerrente.
- 18.3 Die Witwen- oder Witwerrente wird erstmals für den auf den Tod des Versicherten folgenden Monat gewährt, frühestens aber nach Ablauf der Lohnzahlung bzw. des Lohnnachgenusses. Sie erlischt mit dem Tod oder der Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten. Der überlebende Ehegatte erhält Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe des dreifachen Jahresbetrages der wegfallenden Witwen- oder Witwerrente.
- 18.4 Die Höhe der Witwen- oder Witwerrente ist im Anhang 1 definiert. Die Witwen- oder Witwerrente kann auch in Kapitalform bezogen werden. Ein Antrag auf Bezug in Kapitalform muss vor dem Bezug der ersten Witwen- oder Witwerrente in schriftlicher Form an die Stiftung gestellt werden.
- 18.5 Ist der Ehegatte beim Entstehen des Anspruchs auf eine Witwen- oder Witwerrente mehr als 10 Jahre jünger als der verstorbene Versicherte, so wird die Witwen- oder Witwerrente für jedes die Differenz von 10 Jahren übersteigende ganze oder angebrochene Jahr um 2 % der vollen Witwen- oder Witwerrente gekürzt.
- 18.6 Hat der Versicherte bzw. Rentenbezüger nach Vollendung des Rücktrittsalters geheiratet, so wird die allenfalls gemäss den vorstehenden Bestimmungen Witwen- oder Witwerrente für jedes das Rücktrittsalter übersteigende Jahr um 20% ihres Betrags gekürzt.
- 18.7 Hat der Versicherte bzw. Rentenbezüger nach Vollendung des Rücktrittsalters geheiratet und litt er zu jenem Zeitpunkt an einer Krankheit, die ihm bekannt sein musste, so wird keine Witwen- oder Witwerrente fällig, wenn er innert zweier Jahre nach der Eheschliessung an dieser Krankheit stirbt. Die Mindestleistungen gemäss BPVG sind in jedem Fall gewährleistet.

- 18.8 Die Witwen- oder Witwerrente gemäss BPVG ist in jedem Fall gewährleistet.

## Art. 19 Lebenspartnerrente

- 19.1 Stirbt ein Versicherter oder Rentenbezüger, so ist sein Lebenspartner dem Ehegatten gleichgestellt und erhält sinngemäss die gleichen Leistungen wie der Ehegatte gemäss Art. 18, sofern im Zeitpunkt des Todes des Versicherten bzw. des Rentenbezügers die folgenden Bedingungen kumulativ erfüllt sind:
- beide Lebenspartner sind unverheiratet bzw. nicht in eingetragener Partnerschaft;
  - beide Lebenspartner erfüllen die Ehevoraussetzung bzw. die Voraussetzung für die Eintragung der Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen;
  - der überlebende Lebenspartner hat
    - das 45. Altersjahr vollendet und hat in den letzten fünf Jahren bis zum Tod des Versicherten nachweisbar mit diesem ununterbrochen im gleichen Haushalt (mit gleichem amtlichen Wohnsitz) gelebt und eine Lebensgemeinschaft geführt oder hat
    - im Zeitpunkt des Todes mit dem Versicherten im gleichen Haushalt gelebt (mit gleichem amtlichen Wohnsitz) und muss für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen.
- 19.2 Das Vorliegen einer anspruchsbegründenden Lebenspartnerschaft muss der Stiftung durch den Versicherten zu seinen Lebzeiten, frühestens jedoch nach Erfüllung der Anspruchsbedingungen mit dem von der Stiftung zur Verfügung gestellten Unterstützungsvertrag schriftlich mitgeteilt werden. Diese Mitteilung muss von beiden Partnern unterschrieben werden.  
Die Unterschriften sind entweder amtlich beglaubigen zu lassen oder die Unterschrift des Lebenspartners ist durch die Vorlage eines Identitätsausweises auf der Geschäftsstelle zu leisten. Fehlt eine entsprechende Mitteilung, besteht kein Anspruch auf die Ausrichtung einer Lebenspartnerrente.  
Massgebend für eine Auszahlung einer Lebenspartnerrente an den überlebenden Lebenspartner sind in jedem Fall die Verhältnisse im Zeitpunkt des Todes des Versicherten.
- 19.3 Im Todesfall eines Bezügers einer Altersrente besteht ein Anspruch auf eine Lebenspartnerrente nur, falls die Voraussetzungen gemäss Art. 19.1 und Art. 19.2 zum Zeitpunkt der ersten Rentenzahlung erfüllt sind.
- 19.4 Heiratet der überlebende Lebenspartner oder geht er eine neue Lebenspartnerschaft ein, so erlischt die Lebenspartnerrente, ohne dass Anspruch auf eine einmalige Abfindung besteht.  
Die Stiftung nimmt periodische Überprüfungen für die Rentenberechtigung vor. Im Falle von Missbräuchen kann der Stiftungsrat die Lebenspartnerrente kürzen oder aufheben.
- 19.5 Bezieht der Bezüger einer Lebenspartnerrente eine Witwen- oder Witwer- bzw. Lebenspartnerrente der AHV bzw. einer dieser entsprechenden ausländischen staatlichen Versicherung oder einer anderen Vorsorgeeinrichtung, so werden diese Leistungen an die Lebenspartnerrente der Stiftung angerechnet. Ebenfalls angerechnet werden Unterhaltszahlungen aus Ehescheidungen.
- 19.6 Die Dauer einer bereits gemeldeten Partnerschaft nach Art. 19.1 wird an die Ehedauer gemäss den Anspruchsvoraussetzungen von Art. 18.1 angerechnet.
- 19.7 Der überlebende Lebenspartner hat keinen Anspruch auf die sich für Ehegatten ergebenden gesetzlichen Mindestleistungen gemäss Art. 18.2.
- 19.8 Erfüllt die begünstigte Person die Anspruchsvoraussetzungen gemäss Art. 19.1 nicht, besteht kein Anspruch auf eine Abfindung gemäss Art. 18.2.

## Art. 20 Waisenrente

- 20.1 Stirbt ein Versicherter bzw. Rentenbezüger, so erhält jedes seiner Kinder Anspruch auf eine Waisenrente. Die Waisenrente wird bis zum vollendeten 18. Altersjahr des Kindes gewährt. Für Kinder, die noch in Ausbildung stehen, ohne zugleich überwiegend erwerbstätig zu sein oder zufolge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens vermindert oder nicht erwerbstätig sind, besteht der Anspruch bis zum vollendeten 25. Altersjahr. Ist das Kind dauernd erwerbsunfähig, so entscheidet der Stiftungsrat über eine lebenslängliche Auszahlung der Waisenrente. Stief- und Pflegekinder erhalten nur Anspruch auf Waisenrenten, wenn der Versicherte im Zeitpunkt des Todes massgeblich für ihren Unterhalt aufzukommen hatte.
- 20.2 Für den Anspruch auf Waisenrenten gelten zusätzlich und sinngemäss die Bestimmungen der AHV.
- 20.3 Die Höhe der Waisenrente ist im Anhang 1 definiert.
- 20.4 Die Waisenrente wird erstmals für den auf den Tod des Versicherten folgenden Monat gewährt. Sie wird ausgerichtet, bis die betreffende Waise das 18. bzw. 25. Altersjahr vollendet hat oder ihre Rentenberechtigung erlischt.

## Art. 21 Reglementarisches Todesfallkapital

- 21.1 Stirbt ein aktiver Versicherter oder ein Bezüger einer temporären IV-Rente, wird ein reglementarisches Todesfallkapital fällig.
- 21.2 Die Höhe des reglementarischen Todesfallkapitals entspricht in der Regel dem Altersguthaben abzüglich des Barwerts zur Finanzierung aller übrigen Hinterlassenenleistungen (gemäss Art. 18 und 19); abweichende Regelungen werden im Anhang 1 definiert. Einkäufe des Versicherten gemäss Art. 11 sowie Einkäufe ohne Zinsen seit dem Beginn des Vorsorgeverhältnisses mit der LLB Vorsorgestiftung für Liechtenstein, werden als zusätzliches Todesfallkapital ausbezahlt; vorbehalten bleibt eine allfällige proportionale Kürzung der geleisteten Einkäufe aufgrund einer Auszahlung des Altersguthabens infolge Ehescheidung oder teilweisen vorzeitigen Bezügen der Altersleistungen.
- 21.3 Anspruchsberechtigt sind, unabhängig vom Erbrecht, die Hinterlassenen nach folgender Rangordnung (vorbehalten bleibt eine schriftliche Begünstigenerklärung):
- a) der überlebende Ehegatte, bei dessen Fehlen
  - b) die Kinder des verstorbenen Versicherten, die Anspruch auf eine Waisenrente haben, bei deren Fehlen
  - c) Natürliche Personen, welche vom verstorbenen Versicherten während mindestens den letzten 24 Monaten vor ihrem Tod nachweisbar in bedeutendem Ausmass unterstützt worden sind, oder die mit ihm in den letzten 5 Jahren bis zu ihrem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft am gemeinsamen Wohnsitz sowie im gemeinsamen Haushalt geführt hat oder für den Unterhalt eines oder mehrerer Kinder aufkommen muss, bei deren Fehlen
  - d) die volljährigen erwerbsfähigen Kinder, bei deren Fehlen
  - e) die übrigen gesetzlichen Erben unter Ausschluss des Gemeinwesens.

Personen gemäss lit. c) sind nur anspruchsberechtigt, wenn sie der Stiftung schriftlich gemeldet wurden. Die Mitteilung hat zu Lebzeiten des Versicherten bei der Stiftung vorzuliegen.

- 21.4 Der Versicherte kann durch schriftliche Mitteilung an die Stiftung die Ansprüche und Reihenfolge der begünstigten Personen innerhalb der Begünstigtengruppe von Art. 21.3 lit. c), d) und e) näher bezeichnen und beliebig festlegen. Die Mitteilung muss zu Lebzeiten des Versicherten bei der Stiftung vorliegen. Falls keine Mitteilung des Versicherten vorliegt, steht das Todesfallkapital allen Begünstigten innerhalb einer Begünstigtengruppe zu gleichen Teilen zu.

## **Art. 22 Zusätzliches Todesfallkapital**

Der Vorsorgeplan kann ein zusätzliches Todesfallkapital vorsehen. Dieses wird unabhängig von anderen Todesfallleistungen im Todesfall vor Bezug der Altersrente und vor Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters ausgerichtet. Die Höhe des zusätzlichen Todesfallkapitals ist im Anhang 1 zum Reglement definiert.

Das Todesfallkapital fällt nicht in den Nachlass der verstorbenen Person. Das gilt sinngemäss auch für Art. 21.

## **Art. 23 Anpassung der Leistungen an die Teuerung**

Die Renten werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stiftung der Preisentwicklung angepasst. Massgebend ist die Ertragsverteilung gemäss Organisationsreglement.

## **Art. 24 Auszahlungsbestimmungen**

- 24.1 Die Renten werden den Bezugsberechtigten in monatlichen Raten jeweils am Ende des Kalendermonats ausbezahlt. Die letzte Auszahlung erfolgt für den Monat, in welchem der Rentenbezüger stirbt oder die Anspruchsberechtigung erlischt. Nach Auszahlung der ersten Rente ist ein Kapitalbezug derselben nicht mehr möglich.
- 24.2 Kapitalzahlungen werden ab dem Fälligkeitsdatum bzw. ab 30 Tagen nach Vorliegen sämtlicher zur Auszahlung benötigter Unterlagen verzinst. Die Fälligkeit des
- Alterskapitals ist der 1. Tag des der Vollendung des Rücktrittsalters folgenden Monats;
  - Todesfallkapitals ist der Todestag.
- 24.3 Voraussetzung für die Auszahlung der Leistungen ist die rechtzeitige Einreichung der von der Stiftung benötigten und verlangten Bescheinigungen über die Anspruchsberechtigung.
- 24.4 Erfüllungsort ist der Wohnsitz des Anspruchsberechtigten. Anspruchsberechtigte haben eine auf sich selbst lautende Zahlstelle, vorzugsweise bei einer Bank im Fürstentum Liechtenstein, zu bezeichnen, an welche die Stiftung ihre Leistungen rechtsgültig auszahlen kann.  
Wünscht der Destinatär ausschliesslich die Überweisung an eine Zahlstelle im Ausland, so hat er für die entstehenden Mehrkosten (Überweisungsspesen) aufzukommen (Rentenkürzung). Die Referenzwährung der Stiftung ist der Schweizer Franken (CHF). Auszahlungen erfolgen ausschliesslich in der Referenzwährung.
- 24.5 Betragen die Renten weniger als 10 % der minimalen AHV-Altersrente, richtet die Stiftung anstelle der Renten eine Kapitalabfindung aus.
- 24.6 In Ausnahmesituationen kann die Stiftung anstelle von laufenden Renten eine einmalige Abfindung auszahlen, wenn der Rentenbezüger seinen Wohnsitz im Ausland hat bzw. ins Ausland verlegt.

- 24.7 Mit der Auszahlung einer Abfindung erlischt jeglicher weiterer Anspruch des Versicherten bzw. des Leistungsempfängers sowie der Angehörigen gegenüber der Stiftung.
- 24.8 Die Stiftung kann die Vorweisung amtlicher oder gleichwertiger Dokumente verlangen, welche die Anspruchsberechtigung nachweisen. Leistet der Anspruchsberechtigte dieser Aufforderung nicht Folge, so kann die Stiftung die Auszahlung von Leistungen aufschieben oder einstellen.
- 24.9 Zu Unrecht oder zu viel bezogene Leistungen sind vom Leistungsempfänger zurückzuerstatten oder können in Ausnahmefällen auch mit künftigen Leistungen verrechnet werden.